

12.07.2023

Lagebild zu häuslicher Gewalt erneut ohne Daten zu LSBTIQ* LSVD fordert Datenerhebung für Präventionsmaßnahmen

Berlin, 12.07.2023. Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Bundesfamilienministerin Paus stellten gestern das bundesweite Lagebild zum Thema häusliche Gewalt vor. Die Fälle von häuslicher Gewalt steigen weiter. Leider fehlen erneut Zahlen zu LSBTIQ*. Angekündigt wurde zudem eine neue Studie, die auch das Dunkelfeld und Erfahrungen mit Diskriminierungen durch Justiz und Polizei untersuchen soll. Dazu erklärt **Henny Engels, Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD)**:

Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt betrifft nicht nur cisgeschlechtliche Frauen in heterosexuellen Partnerschaften, sondern auch Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und queere Personen (LSBTIQ*).

Leider werden erneut LSBTIQ* nicht als Betroffenengruppe des bundesweiten Lagebilds zum Thema häusliche Gewalt aufgeführt und genauer analysiert. Die Opfer- und Tätergruppen sind nur nach dem binären Geschlechtssystem aufgeschlüsselt. Die Datenerhebung liefert uns damit leider keine neuen Erkenntnisse darüber, wie oft LSBTIQ* zu Opfern werden, sei es durch die*den Partner*in oder die eigene Familie. Der LSVD fordert die Ministerien auf, vorhandene Daten zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, soweit vorhanden, zu veröffentlichen. Die im Lagebericht angekündigte Studie mit dem Titel "Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag" begrüßt der LSVD ausdrücklich. Die Dunkelfelderhebung muss dann aber auch die Lebensrealität von LSBTIQ* mit in den Fokus nehmen. Darüber hinaus eklatanten Forschungslücken im Hinblick auf Gewalt gegen LSBTIQ* müssen endlich angegangen werden, damit zielgenaue Konzepte zur Prävention sowie zur ausreichenden Unterstützung von Opferhilfe-Einrichtungen erarbeitet werden können.

LSBTIQ* als Betroffene von Gewalt in Familien oder Partnerschaften dürfen unter keinen Umständen allein gelassen werden! Gerade für LSBTIQ*-Kinder und Jugendliche sind Familien oder Wohngemeinschaften nicht immer sichere Orte. Sie erleben dort Ausgrenzung, Einschüchterung, den Zwang, sich zu verleugnen, und auch physische Gewalt. Bundesfamilienministerin Lisa Paus hatte erst letzte Woche bei der Vorstellung des Nationalen Aktionsplans „[Neue Chancen für Kinder](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/227684/f86f78802706a73cebc4b0e526ffacc3/nap-kinderchancen-data.pdf)“ die mangelnde Datenlage kritisiert:

„Auch LSBTIQ-Jugendliche sind insbesondere dann gefährdet, psychische Belastungen bis hin zu häuslicher Gewalt zu erfahren, wenn deren Eltern oder ihr familiäres Umfeld ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität nicht akzeptieren. Genauere Daten fehlen jedoch aufgrund der bislang eingeschränkten statistischen Erfassung.“*

Leider hat die Bundesregierung in ihrem aktuellen Lagebericht zu häuslicher Gewalt in Deutschland die Chance vertan, auch für LSBTIQ* eine relevante Datenlage zu schaffen. Die Datenlage zu häuslicher Gewalt in LSBTIQ*-Beziehungen in Deutschland ist dürftig. [Studien](#)

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



aus dem US-amerikanischen Raum [<https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/30186202/>] deuten darauf hin, dass in homosexuellen Beziehungen fast so viel Gewalt passiert wie in heterosexuellen Beziehungen.

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.